

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

2. Februar 2018

zum Thema

**Bilanz der Petition "Ausbildung statt Abschiebung" -
gegen die Abschiebung von Lehrlingen:
Endgültige Zahl der Unterstützer/innen, steigende Anzahl von
betroffenen Lehrlingen und Betrieben, Lösungskonzept und der
Fahrplan für die politischen Verhandlungen**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Bilanz der Petition "Ausbildung statt Abschiebung" - gegen die Abschiebung von Lehrlingen: Endgültige Zahl der Unterstützer/innen, steigende Anzahl von betroffenen Lehrlingen und Betrieben, Lösungskonzept und der Fahrplan für die politischen Verhandlungen

Der Skandal um die drohende Abschiebung von Lehrlingen spitzt sich zu: während die Zahl der Lehrlinge in Oberösterreich mit 305 eine Rekordzahl erreicht hat, wächst die Zahl der Betroffenen mit einem Negativbescheid massiv an und liegt bereits bei über 100. Das Thema sichtbar zu machen und den politischen Druck zu erhöhen, war im Rahmen einer Protestwelle von Betroffenen, den Unternehmer/innen und Unterstützer/innen das Ziel einer von Landesrat Anschober gestarteten Petition: das Ziel von 10.000 Unterschriften konnte mehr als dreifach übertroffen werden - das Endergebnis liegt mit Ablauf des letzten Petitionstages bei großartigen 36.557 Unterstützer/innen.

Nun folgt Teil 2 der Kampagne für eine politische Lösung: Vernetzungstreffen zum Stärken der Betroffenen, Anträge in Gemeinderäten und Landtagen und die Übergabe der Unterschriften mit direkten politischen Verhandlungen mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung. Das Ziel: Übernahme der erfolgreichen Lösung für Sicherheit für Lehrlinge, das in Deutschland bereits zur Ausbildung von 7.000 Lehrlingen in Sicherheit geführt hat. Alleine in Oberösterreich sind 2.577 Asylwerber/innen im Alter zwischen 15 und 24 Jahre in der Grundversorgung. Über 3.200 Lehrlinge fehlen allen in Mangelberufen. Der sich zuspitzende Fachkräftemangel kann zu einem schweren Problem für den Wirtschaftsstandort und damit für alle Oberösterreicher/innen werden.

Aktuelle Daten: Asylwerbende in Lehre

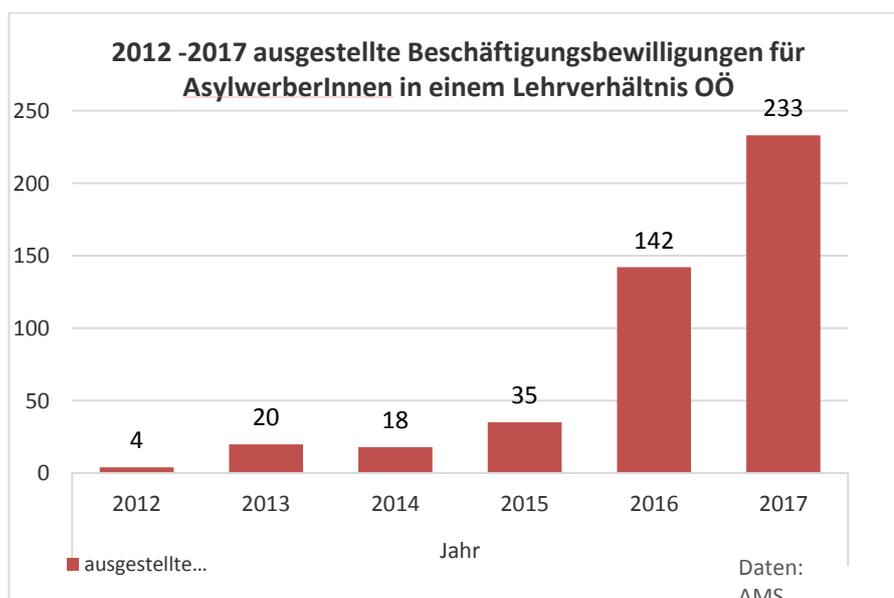
Eine Lehre ist eine der besten Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge: hier erhalten sie eine Ausbildung, eine Lebensperspektive, verbessern ihr Deutsch, Freundschaften entstehen. Asylwerber in Lehre sind aber auch eine seit 2012 zulässige Möglichkeit, um dem immer akuterem Lehrlings- und Fachkräftemangel in Oberösterreich zu begegnen.

Österreichweit sind mit Ende 2017 727 Beschäftigungsbewilligungen für Asylwerbende in Lehre erteilt (Quelle: AMS). Auf Oberösterreich entfallen mit 305 (Stand Ende Jänner 2018) damit knapp die Hälfte aller Lehrstellen. In Salzburg sind es schon über 110 Asylwerbende in Lehre, in Tirol, der Steiermark und Vorarlberg um die 90. In Wien sind derzeit etwa 50 Asylwerbende in Lehre, in Niederösterreich und Kärnten etwa 20, im Burgenland 3.

Von den aktuell 305 Asylwerbenden in Lehrlingsmangelstellen in OÖ stammen 223 aus Afghanistan, die stärkste Altersgruppe ist die der 18- und 19-Jährigen, , auch die Gruppe der Mädchen ist auf 13 gestiegen.

In allen Bezirken Oberösterreichs arbeiten mittlerweile Asylwerbende in Lehrstellen, 52 in Linz (inkl. Urfahr-Umgebung), 33 in Gmunden, 27 in Perg und je 24 in Rohrbach und Vöcklabruck.

Asylwerbende konnten mittlerweile in vielen der Mangel-Bereiche Fuß fassen, wo sich nicht mehr genügend Bewerber/innen aus Österreich bzw. aus der EU finden, am stärksten im Bereich der Gastronomie (38%). In den einzelnen Lehrstellen selbst führt mit Abstand der Lehrberuf des Kochs/der Köchin (73 Asylwerbende), Bäcker/in (16), Tischler/in (17), Friseur/e (12), Einzelhandelskauffrauen/männer (14), Gastronomiefachmann/frau (17), Elektrotechniker/in (23) und Metalltechniker/innen mit diversen Schwerpunkten (24) etc.



LR Anschober: „Das ist ein toller Start, doch innerhalb der Wirtschaft würde es noch viel mehr Bedarf geben: Über 3.000 Lehrlingsmangelstellen wären sofort oder vorhersehbar zu besetzen, in diesen Bereichen finden die heimischen Unternehmer/innen schlichtweg keine einheimischen Lehrlinge – und damit auch später keine Fachkräfte (Anm. Hochrechnung des FKM bis 2020: rund 29.000 fehlende Fachkräfte) mehr. Meine nächsten Ziele sind: Ausbau der Lehrstellen vorrangig auch für Mädchen und Sicherheit für Betriebe und Betroffene durch einen Abschiebestopp, damit wir bis Jahresende die Zahl der Lehrlinge mit Asylstatus weiter steigern können - auf 500! Der Bedarf auf beiden Seiten ist absolut gegeben, denn in der Grundversorgung befinden sich aktuell 9.601 Asylwerber/innen (davon etwa 1.100 junge Frauen im Alter zwischen 15 und 30 Jahre)“.

Rechtlicher Hintergrund zu Lehre für Asylwerbende

Die EU Richtlinie 2013/33/EU sieht vor, dass die/der Asylwerbende/r spätestens **neun Monate** nach der Stellung des Antrags auf internationalen Schutz Zugang zum Arbeitsmarkt erhält. Für Asylwerber/innen ist die Ausübung einer unselbständigen Tätigkeit in Österreich grundsätzlich nicht verboten, als eine Beschäftigungsbewilligung erteilt werden darf, wenn die/der Asylwerbende/r „[...] seit drei Monaten zum Asylverfahren zugelassen ist [...]“ (§ 4 Abs 1 Z 1 Ausländerbeschäftigungsgesetz); jedoch ist, selbst wenn die Arbeitsaufnahme theoretisch möglich wäre, der Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich praktisch äußerst eingeschränkt. Nach dem sogenannten „Bartenstein-Erlass“ aus 2004 sind Beschäftigungsbewilligungen auch nach der dreimonatigen Wartefrist, die eben das Ausländerbeschäftigungsgesetz vorsieht, nur im Bereich der Saisonkontingente gemäß § 5 Ausländerbeschäftigungsgesetz zu erteilen.

Mit Juni 2012 kam es durch einen Erlass des BMASK zu einer Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylwerber/innen, als jenes eine Beschäftigungsbewilligung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres in einem Lehrverhältnis vorsah. Seit einem weiteren Erlass des BMASK aus dem Frühjahr 2013 können für Asylwerber/innen, die bereits einen Arbeitgeber und eine konkrete Lehrstelle in Aussicht haben und zum Zeitpunkt der Antragstellung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Beschäftigungsbewilligungen für alle

Lehrberufe erteilt werden, in denen ein nachgewiesener Lehrlingsmangel besteht.

Zahl der von negativem Bescheid Betroffenen steigt leider kontinuierlich an

Die Zahl der Negativbescheide für Lehrlinge steigt in den letzten Wochen massiv an. Nach dutzenden Rückmeldungen von Betrieben, Zivilgesellschaft und öffentlichen Einrichtungen sind es hochgerechnet in Oberösterreich bereits mehr als 100 Betroffene, die einen negativen Bescheid erhalten haben. Sie legen nun Beschwerde ein und hoffen auf die zweite Instanz. Mit einer Entscheidung der Erstinstanz ist in einem Zeithorizont von rund einem Jahr zu rechnen. Sollte durch das BFA ein negativer Bescheid ergehen, dann entscheidet anschließend wiederum innerhalb etwa eines Jahres das Bundesverwaltungsgericht über die Beschwerde gegen den Bescheid der Erstbehörde - dem BFA. Auch bei der zweiten negativen Entscheidung wird bei der Rückkehrentscheidungsüberprüfung (sollte Asyl und subsidiärer Schutz abgewiesen worden sein) nochmals auf die Integration in Österreich eingegangen.

Industrieunternehmen mit einigen hundert Mitarbeiter/innen sind ebenso betroffen wie Kleinbetriebe mit einer Handvoll Mitarbeiter/innen, quer durch alle Branchen, hauptbetroffen die Gastronomie mit Restaurants, Hotels, Bäckereien, aber auch Baubetriebe, Einzelhandel, Tischlereien, Dachdeckereien, Metallbaubetriebe, Herstellungsbetriebe, Techniker/innen etc. In einigen Bezirken wie Rohrbach und Perg ist sogar die Hälfte der Lehrlinge betroffen.

Sehr erfolgreiche Petition „Ausbildung statt Abschiebung“: 36.557 Unterzeichner/innen

Von 1. Dezember 2017 bis 1. Februar 2018 war die Petition „Ausbildung statt Abschiebung – gegen Abschiebungen unserer künftigen Fachkräfte“ online bzw. Unterschriftenlisten im Umlauf. Außerordentlich erfolgreich: einerseits ist es durch die Petition erfolgreich gelungen, das Thema der von Abschiebung bedrohten Lehrlingen bundesweit sichtbar und zu einem Thema zu machen,

andererseits ist die hohe Zahl der Unterstützer/innen ein großer politischer Erfolg, der den politischen Druck für eine Lösung massiv erhöht. 36.557 Menschen stehen auf für eine menschliche und wirtschaftliche Lösung, für die Sicherheit unserer Lehrlinge. War unser Startziel bei Präsentation der Petition das Überschreiten von 10.000 Unterschriften, so haben wir nun die Zahl mehr als dreifach überschritten. Ein toller Erfolg! Ein Erfolg, der politischen Druck erzeugt!

Im Zuge der Protestwelle sind hunderte Mails und Briefe, Unterstützungen von Großkonzernen und Prominenten, die Reaktionen von betroffenen und verärgerten Unternehmer/innen, Zivilgesellschaft, Freiwilligen im Büro von LR Rudi Anschober eingetroffen – und 36.557 Unterschriften.

Fünf Videoclips von betroffenen Lehrlingen und Unternehmen haben Social Media erobert mit tausenden Interaktionen, ein Kinospot zur Verdeutlichung des Themas läuft in vielen oö. Kinos und den österreichischen Programmkinos.

LR Rudi Anschober: „Das ist die breiteste Bewegung, die Oberösterreich seit langem gesehen hat. Diese 36.557 Menschen haben erkannt, dass Zuwanderung auch eine konkrete Chance für den oö. Wirtschaftsstandort und für unsere Gesellschaft darstellt und haben den Wunsch nach einer humanen Lösung für Menschen in Ausbildung und einer Zukunftschance. Jetzt liegt es an der Bundesregierung, diese Stimmen ernst zu nehmen und rasch eine Lösung herbeizuführen. Wir brauchen Taten statt Polemik.“

Das Bündnis hinter der Initiative ist breit, Sozialminister a.D. Alois Stöger, Stadträtin Sandra Frauenberger, Schauspielerin und Integrationshaus-Vorsitzende Katharina Stemberger, Flüchtlingskoordinatoren Christian Konrad und Ferdinand Maier, Schauspielerin Adele Neuhauser, Schauspieler Josef Hader, Star-Koch Mike Süsser, OÖ Versicherung-Generaldirektor Josef Stockinger, Institutionen der Zivilgesellschaft, Wirtschaftstreibende, Arbeitnehmer/innen-Vertreter/innen u.v.a.m.

Teil 2 der Kampagne: Übergabe der Unterschriften & politische Verhandlungen zur Durchsetzung einer Lösung für Sicherheit für Lehrlinge

Letzte Woche hat LR Rudi Anschober die Betroffenen schon zu einem Austausch und Input ins Linzer Landhaus geladen – mit sehr regem Interesse. Nun folgen nach einem Start im Bezirk Rohrbach regionale Veranstaltungen.

Heute ergeht ein Appell an viele Gemeinden, Landtage und Landesregierungen mit dem Vorschlag für einen Resolutionstext an die Bundesregierung für die Sicherheit unserer Lehrlinge. "Die Bürgerinnen und Bürger haben mit einer eindrucksvoll unterstützten Petition gesprochen, jetzt ist die Politik - es geht in den kommenden Wochen um eine politische Lösung. Je mehr Gemeinden und Länder diese Lösung unterstützen, desto größer ist die Chance für ein Durchsetzen einer Lösung."

In den nächsten Wochen folgen die Übergabe der Unterschriften und politische Verhandlungen, schon nächste Woche mit der Sozialministerin in Wien.

Der Appell von LR Anschober an die Bundesregierung: *„Diese Katastrophe für viele Betroffene und engagierte Unternehmen muss ein Ende haben. Es braucht eine Allianz von Politik und Wirtschaft und eine klare Entscheidung der Bundesregierung z.B. wie in Deutschland, um weitere Abschiebungen während der Ausbildung zu verhindern. Die Zivilgesellschaft hat im Zuge der aktuellen Fluchtbewegung eine herausragende Rolle übernommen, nun stehen 36.557 Menschen für eine Bleibeperspektive von Lehrlingen ein – über diese lauten Stimmen darf sich die Bundesregierung nicht hinwegsetzen.“*

Bei mehreren Terminen mit Mitgliedern der Bundesregierung wird LR Rudi Anschober die Unterschriften übergeben und über eine gemeinsame Lösung diskutieren, etwa bei der Sozialministerin, der Integrationsministerin oder dem Wirtschaftsminister.

Schon in der letzten Legislaturperiode der Bundesregierung haben die Flüchtlings- und Integrations-Landesrät/innen einstimmig einen Beschluss im Sinne von „Ausbildung statt Abschiebung“ für einen Abschiebestopp von

Menschen in Lehre oder Ausbildung sowie für eine stärkere Beachtung der geleisteten Integration im Asylbescheid gefasst.

Als Vorbild für eine Lösung in Österreich schlägt LR Anschober das deutsche Modell vor. Deutschlandweit wurde das „**3+2-Modell**“ für die Sicherheit von Lehrlingen mit Asylstatus eingeführt. Diese Praxis sieht vor, dass Lehrlinge während ihrer meist 3-jährigen Ausbildung und den ersten beiden vollen Arbeitsjahren nicht abgeschoben werden. Haben die Betroffenen danach einen fixen Arbeitsplatz, kann eine weitere Ausnahmeregelung geltend gemacht werden. Das Asylverfahren läuft dabei weiter, das Modell bewirkt eine Duldung der Betroffenen und damit Sicherheit für die Ausbildung und die ersten beiden Arbeitsjahre. Bereits 7.000 Lehrlinge konnten so in Deutschland eine Ausbildung in Sicherheit absolvieren. Eine Chance für die Betroffenen, aber auch für den Wirtschaftsstandort.